



Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen
EFIE e.V., Arbeitskreis Politik
AK.Politik@EFIE-Erlangen.de
Erlangen, 16.08.2016

Ministerpräsident Horst Seehofer
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1,
80539 München

Betr: Umverteilung von Asylbewerbern aus den Kommunen in die ARE I
(Manching/Ingolstadt)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Seehofer,

die Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) in Manching/Ingolstadt und Bamberg wurden im September 2015 eröffnet. Seit einem Beschluss des Bayerischen Kabinetts sind diese Einrichtungen in „besondere Aufnahmeeinrichtung“ umgewidmet worden, wofür im Asylgesetz (AsylG) mit dem Paragraf 30a eine gesetzliche Grundlage geschaffen wurde.

Wie wir erfahren haben, werden derzeit aus den bayerischen Kommunen vor allem Asylbewerber aus der Ukraine in die ARE I umverteilt.

Diese Entscheidung ist ein großer Rückschlag für die schon entstandenen und gewachsenen Integrationsleistungen von Ehrenamtlichen und Geflüchteten in ganz Bayern. Es ist nicht nachvollziehbar, warum die schwierige Begleitung bei den ersten Schritten in Deutschland nicht auf viele Schultern an verschiedenen Orten in ganz Bayern verteilt wird. Sollten kurzfristige Geldeinsparungen dieser Entscheidung zu Grunde liegen halten wir das für nicht zielführend, sondern eher für kontraproduktiv. Die langfristigen Folgekosten für die Betreuung der Betroffenen, der Schaden an den beiderseitigen Integrationsbemühungen und die gesellschaftlichen Verwerfungen werden mittelfristig deutlich höhere finanzielle und ideelle Kosten verursachen, als etwaige kurzfristige Einsparungen.

Wie in dem UNICEF Lagebericht, zur Situation der Flüchtlingskinder, vom Juli 2016 deutlich wird, werden u.a. die „[Mindeststandards für den Schutz von Kindern, Jugendlichen und Frauen](#)“ in diesen großen Einrichtungen nicht eingehalten, z.B.

- „Nicht kindgerechte Bedingungen in Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünften“, S.9
- „Besonderen Anlass zur Sorge mit Blick auf Kinder geben die neu geschaffenen „Sondereinrichtungen“ für Menschen mit „schlechter Bleibeperspektive“, also aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote bei Asylverfahren. Erste Erfahrungen mit den bisher in Betrieb genommenen Einrichtungen zeigen, dass die Kinder weder zur Schule gehen noch andere strukturierte Bildungsangebote erhalten – trotz eines Aufenthalts von häufig sechs Monaten oder noch mehr. Es wird sogar von Fällen berichtet, in denen Kinder, die bereits auf die Kommunen verteilt und sogar in Schulen integriert waren, aus diesen wieder herausgerissen wurden, um in die Sondereinrichtungen gebracht zu werden. Diese Erfahrung sowie Frust und Perspektivlosigkeit der Eltern belasten die Kinder sehr, mit negativen Folgen für ihre Entwicklung.“, S.10
- „Denn jeder Tag ohne Bildung und Förderung, jeder Tag ohne Wissensvermittlung und soziales Erleben ist in der wichtigen, prägenden Phase der Kindheit ein verlorener Tag“, S.11
- „Die Flüchtlingsunterkünfte müssen über schützende und fördernde Rahmenbedingungen verfügen – dazu gehören bauliche Maßnahmen (zum Beispiel geschlechtergetrennte Sanitäreinrichtungen, Beleuchtung, abschließbare Wohneinheiten ebenso wie „kinderfreundliche Räume“, in denen Mädchen und Jungen strukturierte Lern- und Spielangebote sowie psychosoziale Ersthilfe erhalten.“, S19
<https://www.unicef.de/blob/115186/de54a5d3a8b6ea03337b489816eeaa08/zur-situation-der-fluechtlingskinder-in-deutschland-data.pdf>

Desweiteren unterstützen wir alle vorgebrachten Argumente in dem „Offener Brief zur neuen zentralen Erstaufnahme in Bamberg“ (03.07.2016)
<http://www.buntstattbraun-bt.de/2016/07/03/offener-brief-zur-neuen-zentralen-erstaufnahme-in-bamberg/>

Auch schließen wir uns den in der Pressemitteilung vom 15.07.2016 zur geplanten Schließung der Erstaufnahmeeinrichtung in Bayreuth, vorgebrachten Argumenten von „freund statt fremd/Bamberg“,

- <http://freundstattfremd.de/pressemitteilung-zur-geplanten-schliessung-der-erstaufnahmeeinrichtung-in-bayreuth/>

der Presseerklärung des Würzburger Flüchtlingsrats vom 07.08.2016

- <https://www.facebook.com/W%C3%BCrzburger-Fl%C3%BCchtlingerrat-916113938475987/>

sowie der Stellungnahme des Bayerischen Flüchtlingsrats vom 28.07.2016 „Ausgeliefert, rechtlos, ohne Chancen: die Situation von Flüchtlingen in den bayerischen Ankunfts- und Rückführungseinrichtungen (ARE) Manching und Bamberg“

- http://www.fluechtlingsrat-bayern.de/tl_files/2016_PDF-Dokumente/16-07-28%20PM%20Ausreiselager%20Manching%20und%20Bamberg%20-%20Betroffene%20berichten1.pdf

vollumfänglich an.

Wir vom efie AK Politik sind über diese Entscheidung sehr bestürzt und bitten Sie um eine Revidierung dieser Entscheidung und eine Beteiligung der vielen Ehrenamtlichen in Bayern an einer sinnvolleren und menschenwürdigeren Lösung.

Wir würden uns freuen, wenn Sie sich den vorgebrachten Argumenten der

verschiedenen ehrenamtlichen Flüchtlingsinitiativen sowie des bay. Flüchtlingsrats anschließen würden.

Über eine positive Antwort, vor allem für die geflüchteten Menschen, würden wir uns freuen. Diese wäre auch ein Signal, dass die Menschenwürde für geflüchtete Menschen von der christliche-sozialen Union in Bayern aktiv geschützt und verteidigt wird.

Mit freundlichem Gruß

Arbeitskreis Politik des Vereins EFIE e.V.

Sissi Bankel,
Yannic Eiche,
Friederike Geldner-Doll,
Uli Heldmann,
Ingrid Kagermeier,
Nicola Nemeth,
Liz Nicholson
Georg Schneider
Dr. Michael Schöttler,
Anja Schwarz,
Klaus Waldmann,
Annika Zeddel

cc: EN, bay. Flüchtlingsrat, AGABY, Frau Prof. Bendel,

„..... Ukrainer im Abschiebelager (17.07.2016)

Die bayerischen, auch Abschiebelager genannten Standorte – Manching und Bamberg – wurden in den vergangenen Monaten zwar leicht ausgebaut, doch ausgelastet sind sie längst nicht. Daher werden auch Flüchtlinge aus anderen Staaten dorthin verlegt, sagt der Sprecher der oberbayerischen Regierung, die für Manching zuständig ist, „namentlich der Ukraine“, obwohl sie nicht als sicheres Herkunftsland eingestuft sind. ...“

<http://www.nordbayern.de/politik/bayerische-bezirke-bauen-tausende-asylplatze-ab-1.5345437>